

Schutz, Würde und Perspektiven

Drei Jahre Bundesinitiative „Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“

Fachaustausch am 12. November 2018 in Berlin

Arbeitsforum 2: Mindeststandards 3 – Interne Strukturen und externe Kooperationen

Kurzbeschreibung

Ein effektiver Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften bedarf klarer und transparenter interner Strukturen, die den Bewohner_innen ermöglichen, sich im Bedarfsfall vertrauensvoll mitzuteilen. Auch Kooperationsstrukturen und klare Vereinbarungen mit externen Partnern können hierbei unterstützend eingebunden werden. Externe Kooperationen können zur Sichtbarkeit von schutzrelevanten Themen beitragen. Dieses Arbeitsforum widmete sich der Frage, wie und welche internen Strukturen den Schutz in Unterkünften verbessern und wie externe Ressourcen hierbei eingebunden werden können.

Input: Karin Nila, Gewaltschutzkoordinatorin, EAE Heidelberg

Kommentar: Jasmina Feldmann, Plan International Deutschland e. V.

Moderation: Usama Ibrahim-Kind, Stiftung SPI / Servicestelle Gewaltschutz

Der Input dieses Arbeitsforums wurde von der Gewaltschutzkoordinatorin der Erstaufnahmeeinrichtung Heidelberg, Karin Nila, präsentiert. Hierbei lag ihr Fokus auf einem vielversprechenden Ansatz bei der Umsetzung des Mindeststandards 3, insbesondere mit Blick auf *Advocacy*-Arbeit und der Entwicklung externer Kooperationen. Im Rahmen der regelmäßigen Buddy-Gruppen Treffen der Gewaltschutzkoordinator_innen aus sieben Landeserstaufnahmeeinrichtungen in Baden-Württemberg wurde deutlich, dass diese jeweils mit ähnlichen Herausforderungen und Handlungsbedarfen konfrontiert sind. Die Etablierung landesweit einheitlicher Standards und Lösungswege in allen Erstaufnahmeeinrichtungen wurde als gemeinsames Ziel formuliert, um dieses an relevante Entscheidungsträger heranzutragen. Hierfür wandten sich die Gewaltschutzkoordinator_innen gemeinsam an das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg und die zuständigen Regierungspräsidien und legten ihr Anliegen dar. Schließlich konnte durch die Kooperation mit dem zuständigen Ministerium ein großer Erfolg erzielt werden. So wurden konkrete Maßnahmen für alle Landeserstaufnahmeeinrichtungen geplant, die derzeit umgesetzt werden. Frau Nila machte in ihrer Präsentation den Erfolg von *Advocacy*-Arbeit bei der praktischen Umsetzung von Gewaltschutz deutlich und demonstrierte, wie effektiv die regionale Vernetzung von Gewaltschutzkoordinator_innen wirken kann.

Anschließend ging Jasmina Feldmann, Teamleitung Kinderschutzprogramme in Deutschland bei Plan International, in ihrem Kommentar auf die Etablierung interner Strukturen in Flüchtlingsunterkünften, insbesondere auf die Einrichtung von Bewohner_innenräten ein. Plan International hatte mehrere Einrichtungen dabei begleitet und unterstützt, Bewohner_innenräte zu etablieren und somit Partizipationsmöglichkeiten für die Bewohner_innen zu schaffen. Jasmina Feldmann stellte Bewohner_innenräte als ein effektives Mittel zur Entscheidungsfindung sowie zur Wiedergabe eines Meinungs- und Stimmungsbildes in den Einrichtungen vor. Auch betonte Jasmina Feldmann, dass partizipative interne Strukturen, die die Ermittlung von Bedarfen in der Einrichtung unterstützen, den Aufbau von angebotsbezogenen externen Kooperationen und gleichermaßen auch die *Advocacy*-Arbeit informieren können.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurden die Hürden der Etablierung partizipativer interner Strukturen diskutiert. Das Finden eines passenden Formates, das Motivieren der Bewohner_innen zur Partizipation und die nachhaltige Verankerung der Beteiligungsangebote wurden von den Teilnehmer_innen als Hürden beschrieben. Es zeigte sich, dass sich Angebote, die in einer Unterkunft erfolgreich etabliert werden konnten, in anderen Unterkünften kaum repliziert werden können. Eine der größten Herausforderungen stellte die Motivation der (insbesondere männlichen) Bewohner_innen dar, welche häufig gedanklich noch intensiv mit ihrer Fluchterfahrung beschäftigt sind und in demokratischen Beteiligungsformen zunächst keinen individuellen Nutzen erkennen können. Als weitere Herausforderungen für die Etablierung von partizipativen internen Strukturen wurden die starke Fluktuation der Bewohner_innen, sprachliche Barrieren sowie die gleichmäßige Repräsentation aller in der Unterkunft vertretenen Nationalitäten genannt. Gleichwohl betonten einige Teilnehmer_innen, dass sofern eine beteiligungsorientierte Grundhaltung der Beschäftigten vorhanden ist, trotz der Herausforderungen passende Wege zur Beteiligung gefunden werden können.

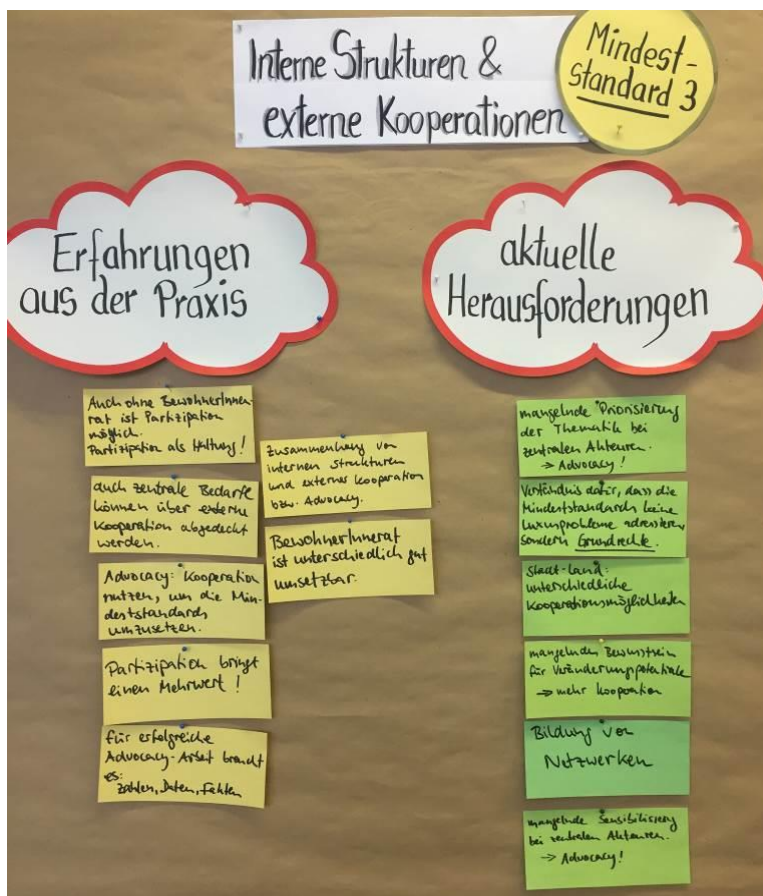


Abbildung 1: Visualisierung der Diskussionsergebnisse in AF 2 (1/2) (Servicestelle Gewaltschutz).

wie Gesprächsrunden, Bewohner_innen Cafés, Treffen zur sportlichen Betätigung und Ähnliches wurden als mögliche Lösungsstrategien zur Etablierung interner Strukturen genannt. Diese dienen oft als Gesprächsplattform für die Bewohner_innen, die nicht als "offiziell" oder "von-oben gesetzt" gesehen wird. In diesen informellen Kontexten seien viele Geflüchtete offener in ihrer Meinungsäußerung. Die Angebote können von der Unterkunftsleitung als Ausgangspunkt für die Entwicklung nachhaltiger interner Strukturen genutzt werden. Auch wurde diskutiert, dass Bewohner_innen sich motivierter beteiligen, sobald deutlich wird, dass sichtbare Ergebnisse wie bspw. die Verbesserung der Wohnbedingungen erzielt werden können (Empowerment). Wichtig sei, dass die Gestaltung interner Strukturen an die Bedingungen und Möglichkeiten der jeweiligen Unterkunft angepasst und im Austausch mit den Bewohner_innen durchgeführt werden sollten. Auch wurde hervor-

Bezüglich der Umsetzung externer Kooperationen wurde eine starke Diskrepanz deutlich. Die Möglichkeiten externe Kooperationen aufzubauen, unterscheiden sich eklatant für Unterkünfte im ländlichen und denen im städtischen Raum. Teilnehmer_innen aus Unterkünften im ländlichen Raum machten eindrücklich deutlich, dass wegen der mangelnden Angebote in den Sozialräumen der Aufbau externe Kooperationen nicht oder nur unzureichend zu bewerkstelligen sei. Dies resultiere in weniger Angeboten für die Bewohner_innen. Auch sei die Kooperation mit unterschiedlichen kommunalen Behörden unter dem Argument der nicht-Zuständigkeit teilweise kaum möglich.

Der Austausch der Teilnehmer_innen machte deutlich, dass Lösungsansätze von einer Vielzahl verschiedener Faktoren abhängen wie Flächenland/Stadtstaat, städtischer/ländlicher Raum, Unterkunftsart, Bewohner_innenstruktur. Offener Formate

gehoben, dass jugendliche Bewohner_innen eine wichtige Rolle in den Unterkünften spielen, da sie häufig sowohl sozial als auch sprachlich schnell Fuß fassen können. Es lohne sich daher insbesondere, Jugendliche in partizipative Strukturen einzubinden.

Die Teilnehmer_innen hielten fest, dass der Einsatz der Gewaltschutzkoordinator_innen generell als „Schwung zum Positiven“ empfunden wird, der die zum Teil schon bestehenden Gewaltschutzstrategien verfestigt hat. Es wurde daher auch eine Positionierung der Bundesregierung im Bereich Gewaltschutz gefordert. Ein „Signal von oben“ – eine öffentliche Thematisierung, ein Aufzeigen der gemeinsamen Ziele, ein Unterstreichen der Realisierbarkeit durch Zusammenarbeit und das Bereitstellen finanzieller Mittel – sahen viele Teilnehmer_innen als zentrale Notwendigkeit. Überdies nehme die Handlungsbereitschaft potenzieller Netzwerkpartner deutlich zu und die Zusammenarbeit mit Behörden verlaufe reibungsloser, wenn Entscheidungsträger öffentlich ihre Unterstützung aussprechen.

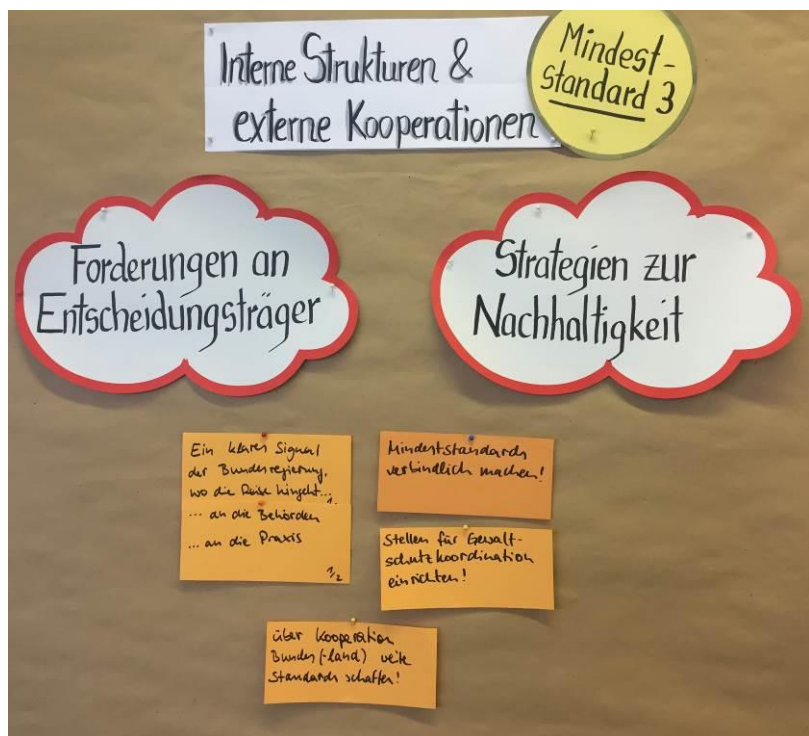


Abbildung 2: Visualisierung der Diskussionsergebnisse in AF 2 (2/2) (Servicestelle Gewaltschutz).